

«Mit dem Hintern einreissen, was man vorher aufgebaut hat»

Die Schweiz liefert Waffen in Konfliktregionen und verdient viel Geld damit. Welche Rolle nimmt sie ein in internationalen Konflikten und Friedensprozessen? Ein Gespräch mit Andreas Zumach.

Interview: Sylvie Eigenmann

WENDEKREIS: Andreas Zumach, in der Schweiz wurde die Kriegsgeschäfte-Initiative lanciert, die Investitionen in die Rüstungsindustrie verhindern will. Welche Rolle spielt die Schweizer Rüstungsindustrie derzeit in internationalen Konflikten?

Andreas Zumach: Die Schweizer Rüstungsindustrie ist zwar nicht eine der allergrössten weltweit, aber sie liefert in die schlimmsten Konfliktregionen der Welt, allen voran in den nahen Mittleren Osten. Der wichtigste und grösste Empfänger von Schweizer Waffen ist ausgerechnet Saudi-Arabien. Damit ist die Schweiz im Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran ganz klar Partei und trägt dazu bei, dass es demnächst möglicherweise zu einem vierten Golfkrieg kommt.

Die Schweiz gilt als neutrales Land und profitiert gleichzeitig stark vom Waffenhandel. Wie geht das zusammen?

Das mit der Neutralität ist immer ein Mythos gewesen, bis zurück in die Zeit von Nazideutschland, wo die Schweiz angeblich auch neutral war, de facto aber sehr viele Waffen an Hitlers Armee geliefert hat. Das hat also nie zusammengepasst. Die Schweiz betreibt Waffenlieferungen nicht nur ohne Rücksicht auf Spannungen, sondern auch ohne Rücksicht auf Menschenrechtsverletzungen. Der Nationalrat hat nämlich im letzten Jahr beschlossen, dass selbst wenn Hinweise auf mögliche Menschenrechtsverletzungen in einem Land bestehen, oder wenn mit aus der Schweiz gelieferten Waffen Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten, dies kein Grund ist, diese Waffen nicht zu liefern.

Warum gilt dann beispielsweise, dass keine Waffen exportiert werden dürfen, die im Jemen-Konflikt zum Einsatz kommen könnten?

Es ist richtig, dass nicht in den Jemen geliefert werden darf, aber was heisst das bitteschön konkret in der Umsetzung? Die Waffen, die dort momentan von der saudischen Seite eingesetzt werden, haben verschiedene Länder, auch die Schweiz, längst geliefert. Von daher ist das eine etwas verlogene Formel. Natürlich, wenn dieser Konflikt noch fünf Jahre dauern würde – was

wir alle nicht hoffen – dann hätte es eine Wirkung, wenn in diesen Jahren keine zusätzlichen Waffen dorthin gelangen würden. Aber im Grunde ist das Kind längst in den Brunnen gefallen. Deswegen kommen wir nicht um die klare Forderung herum, Rüstungsexporte völlig einzustellen.

Anhand von welchen Kriterien wurde gerade der Jemen-Konflikt ausgewählt, Waffenlieferungen dorthin zu untersagen?

Im Grunde ist es Augenwischerei. Der Konflikt macht relativ heftige Schlagzeilen, und Menschen werden aufmerksam. Wenn das völlig im Stillen verlaufen würde, dann hätte es diesen Beschluss auch nicht gegeben.

Gibt es keinen offiziellen Kriterienkatalog, der regelt, wohin Waffen geliefert werden dürfen und wohin nicht?

Vor drei Jahren ging es darum, ein erstes Waffenhandelsabkommen auf UNO-Ebene zu beschliessen. Bei diesem «Arms Trade Treaty» ging es in einem ersten Schritt darum, zu erfassen, was auf der Welt eigentlich passiert: Wer exportiert konventionelle Waffen, wer empfängt sie und auf welchen Wegen? Und dann wurden Kriterien dafür aufgestellt, wann Waffenlieferungen unterbleiben sollten. Dabei haben die Hauptlieferländer des Westens, aber auch Russland und China, versucht, diese Kriterien möglichst weich zu halten. Denn wenn man all die harten Kriterien genommen hätte, welche die Nichtregierungsorganisationen vorgeschlagen haben – dass die Empfängerstaaten weder Krisenländer noch Schauplätze von Menschenrechtsverletzungen sind – wer bliebe dann, an den man exportieren dürfte?

Das mit der Neutralität ist immer ein Mythos gewesen, bis zurück in die Zeit von Nazideutschland.

Niemand?

Vor zwei Jahren hätte man noch gesagt: alle Nato-Staaten. Weil sie ja Demokratien sind, weil man sich drauf verlassen kann, dass sie die Waffen nicht menschenrechtsfeindlich einsetzen und sie nicht an Drittländer weiterexportieren. Aber selbst das ist heute nicht mehr verlässlich, wenn man die Türkei anschaut. Sie setzt von Nato-Partnern gelieferte Waffen im Krieg gegen die Kurden ein – auch in Syrien und im Irak. Es bleibt also quasi niemand.

In welche aktuellen Konflikte weltweit sind Schweizer Waffen involviert?

Ob es irgendwo eine komplette Übersicht gibt, weiss ich nicht, weil wir zu dem, was offiziell genehmigt wird, auch die illegalen Lieferungen anschauen müssen, die unter Umgehung des Gesetzes stattfinden. Und dann sind da die Waffen, die durch so genannte Endverbleibsklauseln angeblich nur beim unmittelbaren Empfänger verbleiben sollen, die dann aber doch in dritte oder sogar vierte Hände weitergeliefert werden. Das ist ein Hauptproblem, sichtbar etwa im irakischen Konflikt, wo

Waffen an die Kurden geliefert werden in der Absicht, sie gegen den islamischen Staat zu stärken – und dann wird festgestellt, dass die Kurden diese Waffen munter weiterverkaufen. Endverbleibsklauseln sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen.

Es gibt also keine wirklichen Kontrollmöglichkeiten.

Genau. Dazu kommt auch noch das Problem, dass immer mehr nicht nur unmittelbar in der Schweiz produzierte Waffen oder Munition exportiert werden, sondern dass Lizenzen an andere Länder vergeben werden, damit sie Schweizer Waffen nachbauen können. Davon profitieren Schweizer Firmen fast genauso sehr, als wenn sie exportieren würden, denn die Lizenzgebühren sind hoch. Deswegen muss man davon ausgehen, dass Schweizer Waffen und Munition in sehr vielen Konflikten eingesetzt werden – auch von nicht-staatlichen Akteuren.

Auf der anderen Seite: Inwiefern ist die Schweiz in internationalen Friedensprozessen aktiv?

Die Schweiz ist sehr wenig aktiv. Sie ist zwar ein Mitglied der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Anm. d. Red.) und hatte dort vor zwei Jahren auch den Vorsitz, war aber dann im Ukraine-Russland-Konflikt viel zu schüchtern mit ihren Lösungsvorschlägen – eine verpasste Chance. Die Schweiz hat hervorragende Experten und Diplomatinen, die sich in einer ganzen Reihe von Krisenregionen gut auskennen. Das wird nicht aktiv genug genutzt. Eine positive Seite ist, dass die Schweiz im Unterschied zu den EU-Staaten und den USA eine Reihe von Organisationen nicht als Terrororganisationen gelistet hat. Das ist klug, weil dann Verhandlungen mit diesen Organisationen, die unumgänglich sind, wenn man einen Konflikt beenden will, auf Schweizer Boden stattfinden können – und nirgendwo sonst in Europa oder in Nordamerika. Das war zum Beispiel der Fall in den Verhandlungen mit der srilankischen Regierung und den Tamil Tigers.

Wie sieht es mit der Rolle der Schweiz in der zivilen Konfliktbearbeitung aus?

Da geschieht schon etwas mehr, zum Teil auch durch staatliche Organisationen, die dem EDA und der DEZA zugeordnet sind, und auch oft durch aktive Schweizer NGOs. Was aber völlig fehlt, ist eine Kohärenz der Schweizer Aussen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Wenn man auf der einen Seite gute Projekte macht zur Förderung von Zivilgesellschaften in manchen problematischen Staaten, auf der anderen Seite aber in dieselbe Region Waffen liefert, dann reisst man praktisch mit dem Hintern ein, was man vorne vorher aufgebaut hat, um es salopp zu sagen. ●



Andreas Zumach

Andreas Zumach ist deutscher Journalist mit Schwerpunkt u.a. in Sicherheits- und Friedenspolitik. Am 23. Oktober 2017 referiert er im RomeroHaus zum Thema «Ist die Demokratie noch zu retten?» (Details S. 41).

Leben im Friedensdorf

«Oase des Friedens» nennt sich der Ort, wo 75 israelische Familien zusammenleben – die eine Hälfte ist jüdisch, die andere palästinensisch.

Text: Igal Avidan

Als Evi Guggenheim 1975 aus Zürich nach Israel ausgewanderte, erwartete sie «ein Land der Juden». In der zionistischen Jugendbewegung hatte der 19-Jährigen niemand gesagt, dass in Israel auch Araber/innen lebten, und dass deren Angehörige als Flüchtlinge im Ausland leben mussten. Dies belastete die junge Frau, weil sie im Gegensatz dazu als Jüdin in Israel sofort hätte eingebürgert werden können. Also nahm sie 1977 an einem jüdisch-arabischen Sommercamp teil, das auf einem Hügel zwischen Jerusalem und Tel Aviv stattfand.

Unser Motto lautet:

Wir sind einverstanden, nicht einverstanden zu sein.

In der Friedensschule lernte Evi Guggenheim einen Araber kennen. Sie verliebten sich. Nachdem er mit einigen Aktivisten des Sommercamps das Dorf Neve Shalom/Wahat al-Salam – «Oase des Friedens» – mitgegründet hatte, folgte sie ihm 1984 dorthin. Sie heirateten und zeugten drei Töchter, sind aber bis heute das einzige jüdisch-palästinensische Ehepaar im binationalen «Friedensdorf». «Man heiratet aus Liebe, nicht als einen politischen Akt, und so war es auch bei uns», stolz erzählt sie von einer ihrer Töchter, Mai Shbeta, die einen arabischen Dorfbewohner geheiratet hat und eine Friedensaktivistin ist.

Keine konfliktfreie Zone

Gründer der «Oase» war der als Jude geborene dominikanische Priester Bruno Hussar. Nach jahrelanger Suche nach einem geeigneten Ort für seine Vision pachtete er nach dem Krieg von 1967 vom Trapistenkloster Latrun ein Stück Land, das früher Niemandland war. Er musste seine Vision eines ökumenischen Dorfes anpassen, weil die Pioniere säkulare Juden und Palästinenser waren. Bruno Hussar sah die Friedensarbeit als Gottesarbeit und so half er bei der spirituellen Entwicklung des Dorfes.

Der Palästinenser Daoud Boulos, der im Friedensdorf Besucher/innen aus aller Welt betreut, mag den Namen «Oase» nicht. Denn auch das Dorf sei nicht losgelöst vom Konflikt, «welchen wir durch Kompromisse jedoch erfolgreich managen. Denn hier leben Menschen auf beiden Seiten eines Konflikts bewusst zusammen, gleichberechtigt.» Die Gleichberechtigung besteht darin, dass die Hälfte der 75 israelischen Familien hier jüdisch